Niederschrift

über die 17. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 09.05.2017, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1. Vorstellung der seitens der DB Station & Service AG geplanten Umbaumaßnahmen an den Bahnhöfen Geilenkirchen und Lindern Vorlage: 0948/2017
- 2. Zwischenbericht des Klimaschutzbeauftragten der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 0953/2017
- **3**. Antrag der SPD-Fraktion: Verkehrssituation vor den Kitas in Geilenkirchen Vorlage: 0947/2017
- 4. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Hans-Josef Paulus

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kirsten vom Scheidt

Mitglieder

- 3. Karl-Peter Conrads
- 4. Christoph Grundmann
- 5. Theresia Hensen
- 6. Gabriele Kals-Deußen
- 7. Wilfried Kleinen
- 8. Barbara Slupik
- 9. Raimund Tartler
- 10. Harald Volles anwesend bis einschließlich TOP 4

Stellvertretendes Mitglied

11. Manfred Schumacher Vertretung für Herrn Dirk Kochs

Sachkundige/r Bürger/in

- 12. Daniel Bani-Shoraka
- 13. Cornelia Banzet
- 14. Hans-Josef Benend
- 15. Uwe Eggert
- 16. Gero Ronneberger Vertretung für Herrn Johann Graf

- 17. Friedhelm Rose
- 18. Ursula Rudzki
- 19. Ingo Schäfer Vertretung für Herrn Holger Sontopski

von der Verwaltung

- 20. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
- 21. Jona Knoke
- 22. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
- 23. Manfred Savoir
- 24. Bürgermeister Georg Schmitz

Protokollführer

25. Stephan Scholz

Es fehlten:

- 26. Johann Graf
- 27. Dirk Kochs
- 28. Holger Sontopski

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Zuhörer, die Gäste, den Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 17. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und teilte mit, das form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die neuen Sachkundigen Bürger, Frau Ursula Rudzki und Herr Daniel Bani-Shoraka vom Ausschussvorsitzenden in feierlicher Form verpflichtet.

TOP 1 Vorstellung der seitens der DB Station & Service AG geplanten Umbaumaßnahmen an den Bahnhöfen Geilenkirchen und Lindern Vorlage: 0948/2017

Ausschussvorsitzender Paulus teilte mit, dass die Planungen zum Umbau der Bahnhöfe Geilenkirchen und Lindern seitens der Stadt durch Herrn Techn. Beigeordneten Mönter vorgestellt werden.

Herr Ronneberger stellte die Frage ob Herr Pütz, der als Behindertenvertreter der Stadt zur Sitzung eingeladen worden sei, zu den Planungen aus seiner Sicht einige Anmerkungen vortragen dürfe.

Ausschussvorsitzender Paulus führte aus, dass Herr Pütz als Vertreter der behinderten Menschen immer gerne willkommen und seine Meinung wichtig sei.

Nachdem aus den Reihen der Ausschussmitglieder keine Einwendungen gegen ein kurzes Statement durch Herrn Pütz vorgetragen wurden, erteilte er zunächst Herrn Techn. Beigeordneten Mönter das Wort.

Herr Mönter führte aus, dass ursprünglich geplant war, dass die Bahn selbst die Planungen für die Bahnhöfe Geilenkirchen und Lindern vorstellt. Aus terminlichen Gründen sei es dazu leider nicht gekommen. Die Bahn habe der Verwaltung jedoch die Planunterlagen zur Verfügung gestellt und mitgeteilt, dass gegen die Planvorstellung durch die Verwaltung keine Einwände bestehen. Herr Mönter bezog sich auf die behindertengerechte Erschließung der Bahnhöfe

und informierte darüber, dass die Deutsche Bahn im Zuge Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durch Herrn Pütz einen Fragenkatalog mit Fragen erhalten habe, die im derzeitigen Planungsstadium noch nicht abschließend geklärt bzw. bearbeitet seien.

Dies seien Fragen zum Leitsystem, Fragen zur Länge und Beschriftung der Handläufe, der Ausstattung der Aufzüge mit einem zwei-Sinne Prinzip, Fragen zur Beleuchtung und Beschilderung an den Bahnsteigen und zur Anpassung der Sitzgelegenheiten für Menschen, die darauf speziell aufgrund ihrer Behinderung (Höhe der Sitzfläche) angewiesen seien.

Anschießend erläuterte Herr Mönter die Planungen anhand der als Anlage beigefügten Power-Point-Präsentation.

Im Anschluss an die Präsentation erteilte Herr Paulus Herrn Pütz das Wort.

Herr Pütz dankte dem Ausschuss für die Möglichkeit, zu den Planungen aus seiner Sicht Stellung nehmen zu dürfen.

Er führte aus, dass er in der vergangenen Woche gemeinsam mit Herrn Scholz eine Ortsbesichtigung des Bahnhofs in Übach-Palenberg durchgeführt und festgestellt habe, dass die behindertengerechte Erschließung dort nur unzureichend umgesetzt worden sei.

So endeten die Handläufe an den Treppenanlagen exakt vor der letzten Stufe. Dies führe dazu, dass sehbehinderte Menschen abrupt den Halt und damit die Führung verlieren und die Gefahr eines Sturzes bestehe. Die entsprechende DIN-Vorschrift gebe hier vor, dass die Handläufe erst 30 cm vor bzw. hinter der Stufe enden dürften.

Auch fehlten die Handlaufinformationen in Braille- und taktiler Schrift sowohl im Bereich der Treppen- als auch im Bereich der Rampenanlagen.

Bei den Treppenanlagen seien lediglich die erste und letzte Stufe farblich markiert. Nach den Vorschriften des Behindertengleichstellungsgesetzes müssten alle Stufen farblich abgesetzt werden.

Im Bereich der Rampenanlagen fehlten die Richtungsinformationen und das Leitsystem. Zudem müsste die Höhe die Sitzgelegenheiten in den Wartehäusern angepasst werden. Die Sitzgelegenheiten seien für ältere Menschen zu niedrig angebracht.

Weiterhin seien die Fahrkartenautomaten so auszustatten, dass diese für behinderte Menschen selbstständig zu bedienen seien. Die Aufzugsanlagen seien für hörgeschädigte Menschen mit einem zwei-Sinne System auszustatten.

Er habe das Ziel, die im Stadtgebiet gelegenen Bahnhöfe zu Vorzeigeobjekten in Bezug auf die behindertengerechte Ausstattung zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen müssten noch dicke Bretter gebohrt werden.

Herr Paulus dankte Herrn Pütz für seine Ausführungen.

Auf die entsprechende Frage von Frau Banzet teilte Herr Mönter mit, dass der Fahrkartenautomat am Bahnhof in Lindern nicht im Rampenbereich, sondern gegenüber des Treppen Aufganges geplant sei.

Stadtverordneter Tartler erkundigte sich danach, ob die Unterführung unter Gleis 3 in Lindern im Zuge der Maßnahmen der Bahn hergestellt werde.

Herr Mönter führte aus, dass die Herstellung der Unterführung keine Maßnahme der Bahn im Zuge des RRX-Ausbaus sei. Die Unterführung sei erforderlich, um die später noch zu errichtende Park & Ride Anlage auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofes an die Gleisanlagen anzuschließen. Daher werde eine Verlängerung der Unterführung zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen.

Im Rahmen des heute vorgestellten Ausbaus sei jedoch vorgesehen, dass an die vorhandene Unterführung später angebunden werden könne.

Maßnahmenträger für die spätere Verlängerung der Unterführung sei nicht die Bahn, sondern die WestVerkehr GmbH.

Herr Ronneberger erkundigte sich nach der Möglichkeit am Bahnhof in Geilenkirchen im Bereich der vorhandenen P & R Anlage einen dritten Aufzug herzustellen.

Techn. Beigeordneter Mönter stellte klar, dass auf der Seite des Parkhauses keine Aufzugsanlage vorgesehen sei. Die Bahn sei zwar bei einem Umbau der Verkehrsstation zu einem behindertengerechten Ausbau verpflichtet. Dieser sei jedoch mit den geplanten zwei Aufzugsanlagen erfüllt, da die Gleisanlagen über die Aufzüge zu erreichen seien. Entsprechende Behindertenparkplätze seien im Bereich des Bahnhofsgebäudes, also auf der gegenüberliegenden Seite der P & R Anlage vorzusehen.

Herr Grundmann wollte wissen, ob zur Anbindung der späteren P & R Anlage am Bahnhof in Lindern auch ein Aufzug hergestellt werde.

Herr Mönter informierte darüber, dass der Zugang derzeit über eine Rampen- und Treppenanlage geplant sei.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Rose entgegnete Herr Mönter, dass es für die Maße der Aufzugsanlagen Vorschriften gebe.

Herr Eggert erkundigte sich nach der Dauer der Ausbaumaßnahmen.

Herr Mönter teilte mit, dass die genaue Zeit noch nicht festgelegt sei. Die Dauer werde durch die seitens der Bahn vorgesehenen Sperrzeiten vorgegeben, die überwiegend in der Ferienzeit liegen werde.

TOP 2 Zwischenbericht des Klimaschutzbeauftragten der Stadt Geilenkirchen Vorlage: 0953/2017

Ausschussvorsitzender Paulus erteilte Herrn Knoke das Wort.

Herr Knoke erläuterte die Klimaschutzmaßnahmen anhand der als Anlage beigefügten Power-Point Präsentation.

Her Ronneberger erkundigte sich nach der Möglichkeit, Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu beantragen.

Herr Knoke informierte, dass derzeit eine Ladesäule im Eingangsbereich des Rathauses installiert werde. Er berichtete von einer Studie, die Ausführungen dazu enthalte, wo es sich lohne, Ladesäulen aufzustellen. Nach dieser Studie sei der Bedarf mit der einen Säule vor dem Rathaus für Geilenkirchen gedeckt. Die Kosten für die Säule trage die NEW. Insoweit sollte die Stadt aus Eigenmitteln zunächst keine weitere Ladesäule planen bzw. errichten.

Herr Kleinen danke Herrn Knoke für die Informationen. Er teilte mit, dass für die Maßnahmen viel investiert werde und wollte wissen, wie viel CO_2 durch die Maßnahmen bislang eingespart worden sei.

Herr Knoke entgegnete, dass eine seriöse Aussage dazu wegen fehlender einheitlicher Bilanzierungskriterien nicht getroffen werden könne.

Herr Volles erkundigte sich nach der Einsparung durch den Einbau effizienter Heizungspumpen.

Hierzu erläuterte Herr Knoke, dass noch nicht alle Pumpen umgerüstet worden seien. Dies liege daran, dass dazu noch kein Bewilligungsbescheid vorliege. Solange ein solcher Bescheid nicht vorliege, könne mit den Arbeiten aus förderrechtlichen Gründen nicht begonnen werden.

Zur Klarstellung führte Herr Knoke aus, dass das Investitionsbudget für den Austausch der Pumpen 25.000,00 € betrage.

TOP 3 Antrag der SPD-Fraktion: Verkehrssituation vor den Kitas in Geilenkirchen Vorlage: 0947/2017

Ausschussvorsitzender Paulus verwies auf den der Vorlage beigefügten Antrag der SPD Fraktion und erteilte Herrn Schäfer zur Erläuterung des Antrages das Wort.

Herr Schäfer äußerte seine Verwunderung über die Stellungnahme der Verwaltung und teilte mit, dass die Aussagen der Verwaltung zu den nicht bekannten, konkreten Missständen nicht nachvollziehbar seien. Er berichtete von täglichen Verstößen gegen Halteverbote, von Verstößen gegen eingerichtete Parkverbote, beispielsweise am Beamtenparkplatz und von der widerrechtlichen Beparkung markierter Sperrflächen. Es handele sich hier nicht um Einzelfälle, sondern um regelmäßige Verstöße, die geahndet werden müssten. Er wisse um die Personalsituation im Ordnungsamt und wolle der Verwaltung keinen Vorwurf machen. Aber aufgrund der zunehmenden Verstöße gebe es hier dringenden Handlungsbedarf. Gerade heute noch habe er mit der stellvertretenden Leiterin des Kindergartens am Beamtenweg telefoniert und auch von dort die Aussage erhalten, dass entsprechender Kontrollbedarf bestehe. Von der Verwaltung wollte er wissen, ob besorgte Eltern bzw. Anwohner mit Fotos bzw. durch Anzeigenerstattung reagieren sollten.

Erster Beigeordneter Brunen teilte mit, dass die Verkehrsverstöße sowohl von den Einrichtungsleitungen als auch seitens der Bezirksbeamten der Polizei in der beschriebenen Massivität nicht bestätigt worden seien. Diese würden jedoch ernst genommen und aufgegriffen. Der Verkehrsdruck sei insbesondere zu den Bring- und Abholzeiten hoch. Konflikte sowie Verkehrsverstöße ließen sich gänzlich nicht vermeiden. Bei massiven Störungen werde die Verwaltung reagieren.

Herr Paulus war der Auffassung, regelmäßig mit den Leitungen der Einrichtungen in Kontakt zu treten und sich über die erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.

Stadtverordneter Grundmann stellte klar, dass es Vorschriften gebe, die eingehalten werden müssten. Insbesondere die Verstöße gegen absolute Halteverbote seien sehr dreist. Die Verkehrsteilnehmer wüssten, dass nicht kontrolliert werde. Gerade deshalb seien Kontrollen erforderlich um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen.

Stadtverordneter Schuhmacher hielt es für zielführend in einem ersten Schritt seitens der Einrichtungsleitungen auf die Eltern einzuwirken und diese für die Probleme zu sensibilisieren.

Auch Herr Paulus vertrat die Auffassung, nicht direkt mit der Verbotskeule zu Werke zu gehen. Alle Beteiligten (Einrichtungsleitungen, Politik, Eltern und Verwaltung) müssten miteinander sprechen, um die Konflikte zu beseitigen.

Die Verwaltung habe die Anregungen aufgenommen.

TOP 4 Verschiedenes

Stadtverordneter Eggert bezog sich auf das Starkregenereignis am 02.05.2017 im Bereich der Ortslage Gillrath und wollte wissen, wie die Einwohner vor solchen Regenereignissen geschützt werden könnten. Aufgrund des abschüssigen Geländes komme es in dem Bereich des Öfteren zu Überschwemmungen.

Techn. Beigeordneter Mönter erwiderte, dass ihm Schäden im Bereich der Ortslage Gillrath nicht bekannt geworden seien. Er teilte mit, dass nicht jedes Regenereignis zu Schäden führe, um die sich die Stadt kümmern müsse. Die Stadt sei dem Netzwerk Hochwasser- und Überflutungsschutz beigetreten. In entsprechenden Arbeitskreisen würden Starkregenereignisse in den Blick genommen und analysiert. Daraus werde auch die Stadt Geilenkirchen für künftige Fälle ihre Schlüsse ziehen.

Herr Eggert gab die Anregung, auf die Landwirte zuzugehen und darauf hinzuwirken, die Vorgewende parallel zu den öffentlichen Flächen (Verkehrsflächen) anzulegen.

Herr Grundmann teilte mit, dass die SPD Fraktion von Bürgern aus Beeck angesprochen und auf Probleme nach dem Ausbau der Straße Am Mühlenhof aufmerksam gemacht worden sei. So seien beispielsweise die Gehwegflächen noch nicht eingeschlämmt und die Asphaltfahrbahn weise Dellen auf bzw. sei nicht einheitlich hergestellt worden. Entsprechende Bilder, die von Anwohnern gemacht wurden, wollte Herr Grundmann an die Verwaltung senden.

Herr Mönter informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die Ausbauarbeiten in der Straße abgenommen worden seien und die Gewährleistungsfrist derzeit laufe. Er sagte zu, der Eingabe nachzugehen.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Gez.

Hans-Josef Paulus

Schriftführer/in:

Schriftführer/in:

Schriftführer/in: